



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 28. August 2013

PRESSEINFORMATION

Alle Fakten zu A 40-Radarkontrollen auf den Tisch: Witzel erwartet größtmögliche Transparenz von Verkehrsminister

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel erwartet von Verkehrsminister Michael Groschek im Rahmen einer Parlamentsanfrage nun eine größtmögliche Transparenz bei der Faktenlage zum Abbau der stationären Radarkontrollen auf der A 40. In den zurückliegenden Tagen ist es zu einem öffentlich ausgetragenen Streit zwischen der Stadt Essen und der Landesregierung gekommen, ob und gegebenenfalls wann die vollflächigen Radarüberwachungsanlagen an der A 40 demontiert werden können. Der Verkehrsminister hat sich öffentlich wiederholt festgelegt, daß die stationäre Messung, die viele Jahre alle Verkehrsteilnehmer an sieben Tagen die Woche rund um die Uhr jeweils in beiden Fahrtrichtungen auf der A 40 überwacht hat, nun zeitnah außer Betrieb genommen und zurückgebaut werde.

Witzel hat durchaus Sympathie für Groscheks Initiative, wenn diese auf Basis konkreter Zahlen zum Unfallgeschehen fachlich vertretbar ist: „Früher hat an der fraglichen Stelle ein Unfallbrennpunkt bestanden, da durch die seinerzeitige Straßenführung mit der Reduzierung um eine Fahrbahn bedingt zahlreiche unfallträchtige Einfädelungsmanöver stattfanden, die eine Drosselung des Tempos zu bestimmten Zeiten erforderlich gemacht haben. Nach den Umbauarbeiten und der Fortführung aller drei Richtungsfahrbahnen aus Essen heraus und nach Essen hinein ist diese Begründung nun entfallen. Für die durchgängige Rundumkontrolle mit Radargeräten sollte stets eine gute verkehrspolitische Begründung vorhanden sein. Nach der baulichen Beseitigung des bisherigen Unfallpunktes ist die Verhältnismäßigkeit der Tempofalle neu zu prüfen und zu bewerten.“

Genau diese Sachverhaltsdarlegung erwartet die FDP nun von der Landesregierung, da es in der Stadt selbst auch Stimmen gibt, die gern an den Blitzeranlagen festhalten würden, die der klammen Stadtkasse zuletzt jährlich rund 800.000 Euro an Bußgeldern eingebracht haben.

„Das Unverständnis seitens der Stadt resultiert offenbar auch aus dem als widersprüchlich wahrgenommenen Verhalten von Verkehrsminister und

Innenminister. Der Innenminister hat unlängst erst kommunale Möglichkeiten zu anlaßlosen flächendeckenden Blitzaktionen auch ausdrücklich außerhalb von Unfallschwerpunkten erlaubt und angeregt. Aus Kreisen der Stadt Essen wird ferner darauf hingewiesen, der Innenminister würde in puncto A 40-Radarkontrollen der fachlichen Bewertung des Verkehrsministers widersprechen und hätte seine Kritik an dem Vorgehen des Verkehrsministers diesem daher auch bereits schriftlich mitgeteilt. Wir möchten nun die klare Haltung der Landesregierung kennen und begründet bekommen“, erläutert Witzel seine Parlamentsinitiative.

Witzel will nun Einzelheiten wissen, wie sich der sogenannte Gestattungsvertrag zum Betrieb der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen der Stadt Essen gestalten, wie sich die Unfallzahlen vor und nach dem Straßenumbau entwickelt hätten und ob die A 40 in Relation zu den Verkehrsbewegungen im landesweiten Vergleich noch als Unfallschwerpunkt zu betrachten sei, der eine Rundum-Überwachung rechtfertige. Das Ziel städtischer Einnahmeerzielung dürfte jedenfalls nicht als Begründung für die Beibehaltung der Kontrollpunkte genügen.